



Der 53-jährige Christoph Grabenwarter führt künftig das Höchstgericht. Die Ernennung durch den Bundespräsidenten ist Formsache. Foto: APA/Punz

„Hervorragend geführt“

Wien – In der Ministerratsitzung ist Christoph Grabenwarter als Präsident des Verfassungsgerichts vorgeschlagen worden. Er war einer von drei Bewerbern. Ernannet werden muss er vom Bundespräsidenten. Der bisherige Vizepräsident hat seit der Angelobung seiner Vorgängerin Brigitte Bierlein als Kanzlerin im Juni vergangenen Jahres das Höchstgericht geleitet.

ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz wertet Grabenwarter als „integren, anerkannten, in Justizkreisen hochgeschätzten Verfassungsrechtler“. Grünen-Vizekanzler Werner Kogler befindet: „Als Vizepräsident hat er in Vertretung von Brigitte Bierlein auf hervorragende Weise die Geschäfte geführt.“ Offen ist, wen die Grünen als Nachrückkandidaten vorschlagen – und ob es gleich um den Vizepräsidentenposten geht. Nicht das Parteibuch, Qualifikation und Kompetenz stünden im Mittelpunkt, sagt Grünen-Sozialminister Rudolf Anschober. Und punkto Frauenanteil gel-

te es, Impulse zu setzen.

Grabenwarter ist mit einem ÖVP-Ticket in den VfGH gekommen. Der Präsident, der Vizepräsident, sechs weitere Mitglieder und drei Ersatzmitglieder werden von der Regierung vorgeschlagen. Je drei Mitglieder kommen auf Vorschlag von National- und Bundesrat. Der Nationalrat nominiert zwei Ersatzmitglieder, der Bundesrat eines.

Auch anderweitig ist nachzubeseetzen. Das Kanzleramt hat nach dem Abgang von Konrad Pesendorfer die Leitungspositionen der Statistik Austria ausgeschrieben. Gesucht werden ein fachstatistischer und ein kaufmännischer Generaldirektor bzw. eine Generaldirektorin. Die Bewerbungsfrist läuft bis Ende Februar. Ein Ministerratsbeschluss ist nicht nötig.

In der Finanzmarktaufsicht wird ein neuer Ko-Chef gebraucht. Eduard Müller, Finanzminister der Übergangsregierung, macht den Job interimistisch. Bis Ende April ist nachzubeseetzen. (TT)

„Natürlich Irritation durch Positionierung der ÖVP“

Grünen-Generalsekretär Thimo Fiesel und Sozialminister Rudolf Anschober reagieren auf Kritik der Tiroler Landesrätin Gabriele Fischer.

Von Karin Leitner

Wien – Nicht einfach ist die neue Rolle für die Grünen. Vom Regierungskritiker zum Mitregenten sind sie geworden. Funktionären missfällt die Dominanz der Türken im koalitionsären Bund. Hielten Vizekanzler Werner Kogler und die Seinen nicht bald dagegen, werde das Zuspruch kosten – von jenen, die die Öko-Partei gewählt hätten, weil sie gegen die Sicherheits- und Migrationspolitik der ÖVP seien, heißt es in den Reihen der Grünen.

Manche äußern ihre Sorge auch öffentlich. Wie die Tiroler Soziallandesrätin Gabriele Fischer. Der *Tiroler Tageszeitung* hat sie gesagt: „Im Wissen um die Schmerzpunkte der Grünen gerade in Integrationsfragen hat die ÖVP gleich in der ersten Woche mit dem Kopftuchverbot und der Sicherungshaft auf diese Schmerzpunkte gedrückt.“ Und was die von der Kanzlerpartei gewollte Sicherungshaft für gefährliche Asylwerber anlangt: Eine solche dürfe es nicht geben. „Das muss auch der ÖVP deutlich

gesagt werden.“ Eine „Handschrift der Grünen“ fordert sie ein – etwa von Sozialminister Rudolf Anschober. Ob der drohenden Abschiebung von Asylwerbern, die in Tirol zu Pflegeassistenten ausgebildet werden, will Fischer rasch eine Lösung: „Es kann doch nicht sein, dass Asylwerber, die eine Ausbildung in einem Mangelberuf absolvieren, von Abschiebung bedroht sind.“

Wie reagiert Anschober auf die Klage der Parteifreundin? Mit einem Befund: „Wir brauchen nach den aktuellen Prognosen in Österreich bis 2030

rund 76.000 zusätzliche MitarbeiterInnen in der Pflege. Dafür erarbeiten wir derzeit ein umfassendes Konzept: Unter anderem durch eine gesamtheitliche Aufwertung des Berufs, durch neue Ausbildungsmöglichkeiten, durch ein Zugehen auf die 30.000 Ausgebildeten, die nicht in der Pflege arbeiten“, sagt er der *Tiroler Tageszeitung*. Als Botschaft an Fischer & Co. fügt er an: „Es ist gerade in so einer Situation wirtschaftlich und sozial unvernünftig und untragbar, Menschen, die erfolgreich eine derartige PflegerInnen-Ausbildung absolvieren, mitten in der Ausbildung abzuschieben. Ich werde mich weiter dafür engagieren, dass dies geändert wird.“ Anschober hat ja vor seiner Ministerschaft, als Integrationslandesrat in Oberösterreich, immer wieder auf einen Abschiebestopp für Asylwerber, die hierorts eine Lehre machen, gedrängt.

Grünen-Generalsekretär Thimo Fiesel sagt, von der *TT* zur Kritik Fischers befragt: „Natürlich kann es sein, dass durch die Positionierung der Bundes-ÖVP teilweise Irritationen auch in den Ländern entstehen. Die grünen Bundes- und Landesregierungsmitglieder sind aber in einem guten Austausch – und versuchen, gute Lösungen für die Menschen zu suchen.“



Für Anschober ist es „untragbar“, Menschen, die eine Pflege-Ausbildung machen, abzuschieben. Foto: APA/Punz

Zurückrudern bei Eurofightern

Wien – Im österreichischen Eurofighter-Verfahren wird es „sehr bald“ eine Anklage geben. Das hatte Justizministerin Alma Zadić (Grüne) am Dienstag in der ZiB2 angekündigt. Nun rudert Zadić zurück. Sie wolle und werde nicht vorgreifen, in welcher Form der Fall zum Abschluss kommen werde, betonte sie in einem der APA übermittelten schriftlichen Statement.

In ihrem Interview habe sie die Erwartungshaltung und das Bestreben der Staatsanwaltschaft zum Ausdruck gebracht, dass das komplexe Verfahren rasch erledigt wird. „Ob und wann Anklage erhoben wird, das wird die Staatsanwaltschaft, deren unabhängiges Agieren mir ein besonderes Anliegen ist, entscheiden“, sagte Zadić.

Die Causa liegt bei der Wirt-

schafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die den Fall im Vorjahr von der Staatsanwaltschaft Wien übernommen hat. Die Republik hatte 2017 eine Betrugsanzeige gegen Airbus eingebracht und Schadenersatz gefordert. Airbus hatte kürzlich gegenüber der US-amerikanischen Justiz nicht deklarierte Zahlungen in Höhe von 55,1 Mio. Euro eingestanden. (APA, TT)

Eltern zu 5 Jahren Haft verurteilt

Krems – Im Prozess gegen einen 39-Jährigen und seine Ehefrau (35) wegen Mordes durch Unterlassung haben sich die Geschworenen am Mittwochmittag am Landesgericht Krems zur Beratung zurückgezogen. Davor war die Expertise eines Kinderarztes, der als Gutachter fungierte, im Mittelpunkt gestanden. Der Mediziner hielt fest, dass die 13-Jährige – auch als sie

sich bereits im diabetischen Koma befand – mit einer Infusionstherapie und mit Insulin gerettet werden hätte können. Völlig geheilt werden können hätte die chronische Bauchspeicheldrüsenentzündung nicht, „aber sie ist sehr gut behandelbar. Kinder können damit gut überleben“, befand der Arzt. „Niemand wirft den Angeklagten vor, dass sie böse Menschen oder schlechte El-

tern sind“, betonte die Staatsanwältin in ihrem Schlussvortrag. Der Vorwurf sei vielmehr, dass die Angeklagten nichts gegen die chronische Bauchspeicheldrüsenentzündung getan haben. Ein 13-jähriges Mädchen sei deshalb einen „vollkommen unnötigen Tod gestorben“. Die Eltern wurden aus diesem Grund nicht rechtskräftig zu fünf Jahren Haft verurteilt. (APA)

Immunität von Salvini aufgehoben

Rom – Der italienische Senat hat gestern wie erwartet einem Gerichtsprozess gegen den Chef der rechten Lega, Matteo Salvini, zugestimmt. Die Immunität des Ex-Innenministers und Senators wurde aufgehoben. Damit wird sich Salvini vor einem Gericht in Catania wegen Amtsmissbrauchs und Freiheitsberaubung verantworten müssen. Ihm drohen bis zu 15 Jahre Haft.

In dem Fall geht es um 116 Flüchtlinge, die Salvini im Juli vergangenen Jahres an Bord des Schiffs „Gregoretti“ der italienischen Küstenwache de facto festgesetzt hatte. Salvini, der mit seiner einwanderungsfeindlichen Lega einen harten Kurs in der Flüchtlingspolitik verfolgt, hatte dem Schiff über mehrere Tage die Einfahrt in

einen italienischen Hafen verweigert. Salvini hatte von Juni 2018 bis zum vergangenen August als Innenminister und Vizepremier in einer Regierung aus seiner Lega und der Fünf-Sterne-Bewegung amtiert.

„Ich wusste, dass es zu diesem Ergebnis kommen würde. Ich bin absolut gelassen und stolz auf das, was ich als Innenminister getan habe. Ich werde dasselbe tun, sobald ich wieder regieren werde“, sagte Salvini vor dem Senat. Er zeigte sich zuversichtlich, dass es bei einem Prozess zu einem Freispruch kommen werde.

Im Falle einer Verurteilung könnte der Chef der Lega neben der Haftstrafe mit einem bis zu achtjährigen Verbot politischer Aktivitäten belegt werden. (APA, TT)

Gefangen auf „Diamond Princess“

Auf einem Kreuzfahrtschiff vor Japan sind weitere Passagiere am Coronavirus erkrankt.

Peking – Das Coronavirus hat in China innerhalb von 24 Stunden erneut fast 100 Todesopfer gefordert: Landesweit kamen im Vergleich zu Dienstag 97 Tote hinzu. Die Zahl der Infektionen stieg laut der Nationalen Gesundheitskommission um 2015 Fälle.

Sowohl die Zahl der neuen Opfer als auch die der neu erkrankten Patienten ging den offiziellen Angaben zufolge damit im Vergleich zum Vortag etwas zurück. Am Dienstag waren noch 108 Todesfälle und 2478 neue Infektionen gemeldet worden. Allerdings wird eine hohe Dunkelziffer vermutet.

Die meisten Opfer kamen erneut aus der besonders schwer betroffenen Provinz Hubei, in deren Hauptstadt Wuhan das



Insgesamt rund 3600 Passagiere befinden sich an Bord der „Diamond Princess“. Sie dürfen das Kreuzfahrtschiff nicht verlassen. Foto: AFP/Mehri

Virus erstmals auf den Menschen übersprungen war. Die Gesamtzahl der Opfer auf dem chinesischen Festland liegt nun bei 1113. Bei mehr als 44.000 Menschen wurde

eine Infektion bestätigt.

An Bord des unter Quarantäne gestellten Kreuzfahrtschiffes „Diamond Princess“ im japanischen Yokohama ist unterdessen bei weiteren 39

Menschen eine Infizierung mit dem neuen Coronavirus festgestellt worden. Damit erhöht sich die Zahl der Infizierten an Bord auf 174. Die übrigen der rund 3600 Passagiere und Crew-Mitglieder sollen mindestens noch bis zum 19. Februar an Bord bleiben.

Weltweit sind mehr als 500 Infektionen bestätigt. Ein US-Schnelltest zur Diagnose des Coronavirus, der bereits von 36 Ländern bestellt wurde, funktioniert aber nicht richtig. Die Weltgesundheitsorganisation will nun mit Hilfe von 400 Fachleuten die Suche nach einem Impfstoff gegen die neue Lungenerkrankung – nun Covid-19 genannt – beschleunigen, erklärte der Chef der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus. (APA, dpa, TT)